

Ausbildungspersonalrat (APR) des Seminars Sonderpädagogik Stuttgart

Statement zur Unterschriftenübergabe an Kultusministerin Susanne Eisenmann am 15.07.2020, 11:30 Uhr – es gilt das gesprochene Wort.

Wir möchten Ihnen heute die Unterschriften, die wir an Seminaren für Aus- und Fortbildung in ganz Baden-Württemberg gesammelt haben, überreichen, zusammen mit einer längst überfälligen Forderung.

Obwohl ein Großteil von uns im neuen Schuljahr an einer Schule in den Schuldienst des Landes Baden-Württemberg eintritt und oftmals sogar im gleichen Regierungsbezirk weiterarbeitet, werden wir in den Sommerferien gezielt entlassen, um Kosten zu sparen. Dass es anders geht, zeigen uns bereits viele andere Bundesländer.

Schon im Vorbereitungsdienst und im Referendariat müssen wir Vorkehrungen treffen, damit wir die Sommerferien finanziell stemmen können, vor allem bei Mieten, wie in Stuttgart, Freiburg oder Heidelberg. Viele von uns haben nicht einmal Anspruch auf ALG II und geraten somit in Abhängigkeiten von ihren Eltern oder Lebenspartnerinnen und Lebenspartner. Da es uns wichtig ist von Beginn an für unsere Schülerinnen und Schüler qualitätsvolle Bildungsangebote umsetzen zu können, sind wir während der Sommerferien bereits mit Lehrkräften unserer künftigen Schulen im Austausch und bereiten uns auf unsere neuen Schülerinnen und Schüler, den Unterricht, die Schulen oder unsere neuen Aufgaben in der Inklusion vor. Wir arbeiten somit unbezahlt. Das wäre in einem Angestelltenverhältnis in der freien Wirtschaft undenkbar.

Mit der Einführung einer Übergangsbesoldung für fertig ausgebildete Lehrkräfte, welche für das neue Schuljahr eine Stellenzusage im Schuldienst haben, könnte die Attraktivität des Lehrerberufs erhöht werden und dem Lehrkräftemangel begegnet werden. Lehrkräfte in der Grenzregion zur Schweiz und nach Rheinland-Pfalz würden ggf. nicht in die benachbarten (Bundes-)länder abwandern.

Zu diesen Faktoren kommt, dass unsere Entlassung einen enormen Aufwand im Sozialsystem mit sich bringt. Nicht nur Krankenkassen stöhnen ob der Umschreibungen von PKV auf GKV, auch die Arbeitsämter werden jedes Jahr aufs Neue belastet.

Wir fordern, dass sich die Landesregierung ihrer Verantwortung für die Anwärterinnen und Anwärter und der Referendarinnen und Referendare endlich bewusst wird und eine flächendeckende Übergangsbesoldung einführt!